

Der Geschichte verpflichtet: KLOSTERGEBÄUDE ERHALTEN!



CDU i. Klosterbräu

Das alte Klostergebäude der Hiltruper Missionare ist nach Auffassung der CDU in Hiltrup "höflich" und "kulturell" und "kulturell wertvoll". Wertvoller findet die offensichtlich doch die gegenüber den Betonklotz der Mehrzweckhalle.

Liebe Mitbürger,
das Klostergebäude an der Westfalenstraße hat einen (für die CDU) bedeutenden Fehler: Es war die SPD, die mit einem Ratsantrag, mit einer eingehenden Besichtigung des Klosters und zuletzt am 19. April 1978 mit einer ergänzenden Anfrage der Ratsherren Bensch, Dopheide und Winter die Initiative zur Erhaltung des alten Klostergebäudes und für die , Prüfung zukünftiger Nutzungsmöglichkeiten ergriffen hat. Nur ist es aber seit Jahren CDU - "Politik" in Hiltrup. SPD-Initiativen ohne Prüfung abgelehnt abzulehnen.



Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, daß nämlich Sozialdemokraten bessere Ideen haben als Christdemokraten, wird jetzt seitens der CDU Hiltrup der Abbruch des Klosters vorgeschlagen.

Das Ergebnis der von der Verwaltung aufgrund des SPD-Antrages zur Zeit durchgeführten und noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen über künftige Nutzungsmöglichkeiten wird gar nicht erst abgewertet.

Nach den Vorstellungen der SPD könnte das alte Kloster, das 2 626 Quadratmeter Nutzfläche (ohne Nebenflächen wie Verkehrsflächen, Toiletten- und Waschräumen sowie Flächen des Kellergeschosses) hat und sich in einem verhältnismäßig guten baulichen Zustand befindet, alle die Einrichtungen aufnehmen, die das Prestigeobjekt der CDU Hiltrup, die sogenannte Mehrzweckhalle, trotz voraussichtlich 15,5 Millionen Kosten nicht bieten wird, nämlich: Jugendzentrum, Altländerzentrum, Musikschule, Ausgängerzentrum, viele Räume für Vereine u.a..

Und hier wird es natürlich für die CDU peinlich. Schließlich steht das Kloster in unmittelbarer Nähe der am Bedarf vorbeigeplanten Renomierhalle. So stellt das Kloster ein Mahnmal gegen kommunale Fehlplanung dar. Einer solchen ständigen Mahnung begegnet man dann wohl am besten mit brachialer Gewalt, mit Abriß. Das nicht mehr vorhandene Kloster könnte die Hiltruper Öffentlichkeit nicht mehr an die ungeheure Verschwendung von

Steuermitteln erinnern. Und wenn ein Fehler nicht mehr sichtbar ist, kann man später immer so tun als habe man ihn gar nicht begangen.

Übrigens; der Landeskonservator stellt Überlegungen zum Schutze des Klostergebäudes an. Das tut er aber sicher nicht, weil er das Gebäude (wie die CDU) für häßlich und kulturhistorisch wertlos hält. Das alte Paterkloster gehört zur Geschichte Hiltrups. Es hat für Hiltrup immer einen besonderen Stellenwert gehabt und stellt für die Hiltruper einen echten Identifikationspunkt dar.

Offenbar legt es aber die CDU darauf an, Hiltrup zu einem traditionellen, geschichts- und gesichtslosen Stadtteil zu machen. Hier sei auch an die an der Marktalles bereits verschwundenen Häuser erinnert und an die, die dort noch dem Bagger zum Opfer fallen sollen (z.B. Villa Schenking, Gaststätte "Zur Wildsau").

Unter offenbar bewußter Täuschung des politischen Gegenübers und unter "Mißbrauch" der Geschäftsordnung wurde der CDU-Antrag gegen die Stimmen der SPD in der Bezirksvertretung beschlossen. Es bleibt zu hoffen -dafür sollte sich jeder Bürger einsetzen-, daß Rat, Verwaltung und Landeskonservator mit Vernunft an die Beurteilung des skandalösen Beschlusses gehen und (den SPD - Vorstellungen folgend) der sinn- und rücksichtslosen Zerstörung einen Riegel vorschieben.

Theodor Dopheide

Die Rechnung:

CDU + VERSPRECHEN = A 43

Selbst der Landschaftsverband als verantwortlicher Planer spricht schon so gut wie gar nicht mehr in einer eventuellen Führung der Autobahn (A 43) durch Hiltrup, weil es im Norden der Stadt offenbar bessere Alternativen gibt und der frühere Zusammenhang mit dem (nicht gebauten) Flugplatz Drensteinfurt entfällt.

eck und Draht Lauen zu überplanen und dort Gewerbegebiet auszuweisen. Dieses Gebiet sollte insbesondere die Betriebe aufnehmen, die wegen der von ihnen ausgehenden Immissionen im Laufe der Zeit aus dem Ortskern Hiltrup ausgesiedelt werden müssen. Es galt mit diesem Antrag aber auch, ein deutliches Zeichen gegen die eventuelle Autobahnführung zu setzen.

CDU-Vorstand: Die Hiltruper Autobahn muß in den Entwurf

aus: ~~öffentliche Nachrichten~~
Samstag, 27. Mai 1978

Die umstrittene Trasse für eine Autobahn soll in den Entwurf des Flächennutzungsplanes aufgenommen werden, um die Führung der Straße zu verhindern. Dafür hat sich der CDU-Vorstand ausgesprochen.

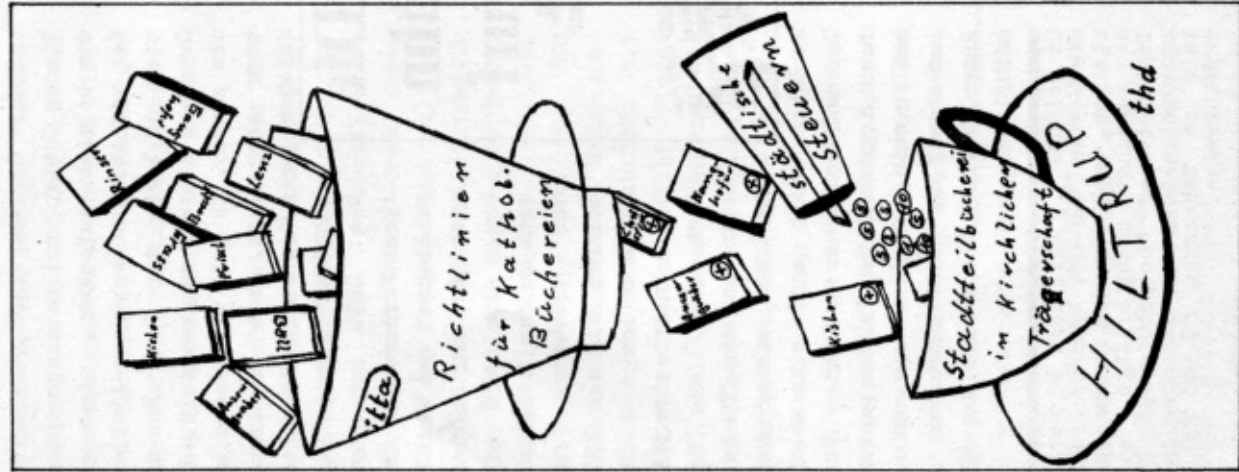
Da schlug in Hiltrup wie eine Bombe die Nachricht vom denkwürdigen Beschluß des CDU - Vorstandes ein, im Flächennutzungsplan der Stadt die A 43 in Hiltrup auszuweisen.

Die Verwaltung hatte im Vorentwurf zum Flächennutzungsplan die Trassenführung bereits nicht mehr vorgesehen. In der Bezirksvertretung MS - Hiltrup fand der SPD - Antrag eine Mehrheit, den Raum für die Trasse im Bereich zwischen Merkur-

sprochen, sich gegen eine solche Trassenführung zu wenden. Ohne durch irgendwelche Fakten gezwungen zu sein, fordert sie nun die Ausweisung der Autobahntrasse. Einer Wertung können wir uns wohl enthalten.

Um weitere 1,5 Millionen DM sollen die Kosten für die Mehrzweckhalle steigen. Auch wenn der Bauabschluß das zunächst nicht billigt, wird damit dieses Musterbeispiel für kommunalpolitischen Wahnsinn allein an Baukosten 15 500 000 DM verschlingen.

NEIN zu einer kirchlichen Stadtteilbücherei!



Die Ratsfraktion der SPD hat die Übernahme der Stadtteilbüchereizweigstelle durch die kath. Kirche abgelehnt. St. Clemens geschlossen abgelehnt. Nicht aus Kirchenfeindlichkeit, das sei vorweg bemerkt. Konfessionelle Büchereien sind Teil der seelsorgerischen Aufgabe der Kirchen und werden aus diesem Grunde - mit Zustimmung der SPD - jährlich mit über 100 000 DM von der Stadt gefördert. Aber, und das ist der wesentliche Punkt, sie haben natürlich auch ein auf die Seelsorge und die Ziele der Kirche hin ausgerichtetes Angebot. In diesem Sinne müssen sie zwangsläufig "einseitig" sein, da sie zunächst nur ihre Gläubigen ansprechen. Als langjähriger Organist an einer evangelischen Kirche kann ich bestätigen, daß es tatsächlich so etwas wie eine Schwellenangst gibt. Viele Angehörige einer Konfession scheuen sich (leider) vor dem Betreten eines Gebäudes der anderen. Eine einheitlich konfessionell ausgerichtete Bibliothek schließt aber auf diese Weise praktisch einen Teil der Bürger aus. Das ist eine erwiesene Tatsache, und von daher kann nur eine Bücherei in öffentlicher Trägerschaft ein für alle Bürger umfassendes, pluralistisches Angebot machen.

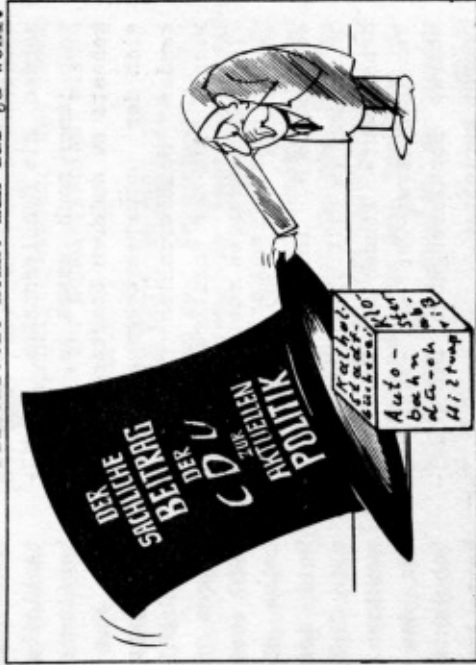
Der zweite Punkt, der zur Ableh-

nung durch die SPD führte, ist die Finanzierung. Auf die Frage des Kulturausschusses, wie es denn mit eigenem finanziellen Engagement der Kirche aussehe, antwortete das Stadtdekanat wörtlich: "Zur Finanzierung sind öffentliche Mittel mindestens in der Höhe erforderlich, die sich aus dem zusätzlichen und im Laufe des Ausbaus wachsenden Aufbau der allgemeinen öffentlichen Literaturversorgung ergeben". Mit anderen Worten, man will zwar wohl zusätzliche Aufgaben übernehmen und seinen Einfluß erhöhen, nicht aber die eigenen finanziellen Anstrengungen dem anpassen. So täuscht das von der CDU durchgesetzte Modell zwar vor, die kirchliche Bücherei arbeite um ein Viertel billiger als eine vergleichbare Stadtbücherei; das ist aber Augenwischerei. Die Stadt trägt nach dem Ratsbeschluß zunächst alle Bau- und Anschaffungskosten. Zusätzlich dazu erhält der kirchliche Träger einen Zuschuß von "75 % der Personal- und Sachkosten, die bei einer vergleichbaren kommunalen Stadtteilbücherei entstehen würden. Dabei ist es für die Höhe des städtischen Zuschusses unerheblich, ob die Leistung teilweise durch ehrenamtliche Mitarbeiter erbracht wird". (Beschlusstext)

Also müssen nicht die tatsächlichen Kosten der Bücherei der Stadt gegenüber

nachgewiesen werden, sondern es fließt automatisch ein pauschaler Zuschuß. Welcher Träger würde dann nicht dazu neigen, ehrenamtliche, das heißt kostenlose Arbeit so auszuschöpfen, daß hinterher ein Plus herauskommt. Darunter würde nicht nur eine qualifizierte Büchereiarbeit leiden, die heutzutage nicht mehr ohne ausgebildete Bibliothekare auskommt, sondern im Grunde genommen ist das Steuerverschwendung. Das weiß eigentlich auch die CDU. Wenn sie dennoch diesen Beschluß gefaßt hat, so ist dies unseres Erachtens nur vor dem Hintergrund eines dichten Geflechtes von persönlichen Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen der katholischen Kirche und der CDU zu verstehen. Allein im Kulturausschuß der Stadt sitzen auf Seiten der CDU der Pressesprecher des Bischofs, der Verantwortliche für Weiterbildung des Bistums, der Leiter des kath. Franz-Hitze-Hauses und dann und wann auch noch der Vorsitzende der Caritas.

Filzokratie nennt man das ja wohl.



Nicht der Weisheit letzter Schluß:

SCHULENTWICKLUNGSPLAN

Noch in diesem Jahr werden sich Bezirksvertretung, Schulausschuß und der Rat der Stadt Münster mit dem Schulentwicklungsplan beschäftigen und damit über die weitere Entwicklung des Schulwesens in der Stadt Münster entscheiden. Städtische Schulentwicklungsplanung darf sich dabei nicht auf die Verwaltung bestehender Zustände bzw. Mißstände beschränken, sondern ist auf zukünftige Entwicklungen hin zu orientieren. Ziel einer solchen Planung muß es also sein, eine gleichmäßige wohnungsnahe und bedarfsgerechte Schulversorgung für Münster zu gewährleisten. In der jetzt vorliegenden Form bedarf der Schulentwicklungsplan aber zumindest für den Bereich Hiltrup einiger wesentlicher und entscheidender Korrekturen und Ergänzungen.

GRUNDSCHULEN: BALD SCHULRAUMMANGEL
Auf Grund der starken Bautätigkeit nehmen die Schülerzahlen in Hiltrup immer noch stark zu, im Gegensatz zu anderen Stadtteilen, wo sich der Geburtenrückgang in sinkenden Schülerzahlen bemerkbar macht. Nach der Modellrechnung des Stadtplanungsamtes steigt die Einwohnerzahl bis 1985 in Hiltrup-West um 88 %, in Hiltrup-Ost um 56 % und in Hiltrup-Mitte um 9 %. Schon heute können die Grundschulen in Hiltrup-Ost und -West über starke Schülerzugänge des Schuljahres berichten.

hat Mängel

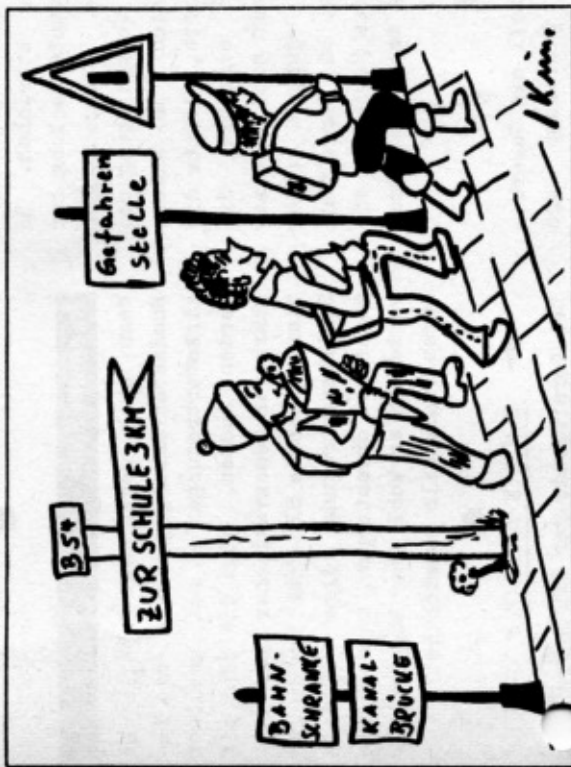
Trotz dieser Tatsachen schlägt die Stadtverwaltung in ihrem Schulentwicklungsplan vor, die Grundschulen in Hiltrup-Ost und -West nicht auszubauen, sondern nur die in Hiltrup-Mitte. Wie man zu derartigen Berechnungen kommt, wird wohl Verwaltungsgeheimnis bleiben. Die SPD-Fraktion wird jedenfalls erneut den Antrag stellen, die Grundschulen bedarfsgerecht auszubauen. Es geht nicht an, den Grundschulkindern auf Grund von Fehlplanungen gefährliche Schulwege, etwa über die Kanalbrücke oder die Westfalenstraße zuzumuten.

RAUMMANGEL AUCH IM SCHULZENTRUM

Auch die Sekundarstufe I in Hiltrup (Haupt-, Real-, Sonderschule und Gymnasium) leidet unter Raumangel. Schon heute müssen Klassen in Fachräumen und kleinen Kellerräumen untergebracht werden. Klassenteilen müssen zum Teil unterbleiben, weil zu wenig Räume bereitstehen. Durch die Neubauten für das Gymnasium wird sich die Lage zwar etwas entspannen, durch den Schülerzustrom in den nächsten Jahren entsteht für die Zeit bis 1980 aber neuer Bedarf. Deswegen tritt die SPD dafür ein, einen Teil der Mehrzweckhalle und die alte Clemensschule weiterhin mitzunutzen.

Für den Sportbedarf trifft der Schulentwicklungsplan überhaupt keine Aussagen!

Dabei gibt es jedenfalls auch auf diesem Bereich dringenden Zusatzbedarf. Zu fordern ist deshalb der Bau einer weiteren Sporthalle im Schulzentrum und die Errichtung einer Sportanlage für das Schulzentrum auf der anderen Seite der Westfalenstraße. Diese Anlage soll nach dem Modell der "Sentruper Höhe" allen Bürgern offenstehen.



NEUBAU DER JOHANNES - SONDRERSCHULE

Für die Johannes - Sonderschule schlägt die Verwaltung den Neubau einer einzügigen Sonderschule vor. Doch trotz Neubau, das jetzige Gebäude soll für Grundschulzwecke herangezogen werden, sollen 1980 dennoch 3 Fachräume als Klassenraum benutzt werden. Darüber hinaus ist eine Senkung der Klassenfrequenzen, die Verwaltung setzt auch für 1980 unverändert eine Zahl von 16 Schülern pro Klasse an, im Gegensatz zu anderen Schulformen nicht vorgesehen. Einmal

mehr drohen dem Primat der Finanzen pädagogische Gründe zum Opfer zu fallen. Die SPD fordert deshalb den Bau einer zweizügigen Sonderschule, deren Standort an der Ludgerus-Grundschule in Hiltrup-West sein sollte. Ein zweizügiger Ausbau, für den die Voraussetzungen durch eine Erweiterung des Einzugsbereichs um Wolbeck und Gremendorf (bisher: Angelmodde, Hiltrup, Ameisbüren) geschaffen werden könnten, würde den fachspezifischen Unterricht ermöglichen. Bis 1985 ist die Klassenfrequenz stufenweise auf 13 Schüler pro Klasse zu senken. Schließlich muß in der Planung für den Neubau die Möglichkeit des Ganztagsunterrichts berücksichtigt werden, der nach Abnahme der Schülerzahlen einzuführen ist.

AUSBAU DER SEKUNDARSTUFE II

Mit dem Bau der Sekundarstufe II so frühzeitig zu beginnen, daß dieser spätestens 1980/81 beziehbar ist. Die Sekundarstufe II des kommunalen Gymnasiums soll mit der des Kardinal-von-Galen-Gymnasiums kooperieren, um den Schülern ein optimales Kursangebot zu ermöglichen.

dt/rb

In der Bezirksvertretung notiert:

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Entsprechend ihrem Programm stellte die SPD in der Bezirksvertretung Hiltrup den Antrag, die Verlagerung der B 54 (Westfaltenstraße) nach Westen aus dem Entwurf zum FLNP zu streichen. Da auch die Verkehrsuntersuchung der Verwaltung keine Überzeugenden Gründe für die Verschiebung von Verkehrsbelastungen in andere Wohngebiete erbrachte, lehnte die Bezirksvertretung einmütig die B 54 (neu) ab. Damit sind die Auseinandersetzungen jedoch leider noch nicht beendet. Die Verwaltung schlägt trotzdem den Rat vor, die B 54 (neu) doch in den FLNP aufzunehmen.

Nicht entstehen soll ein Gewerbegebiet südlich Sternkamp und Amelbühner Straße entlang des Kanals. Mit der Verhinderung dieses "Gewerbegürtels" um Hiltrup soll auch der Zugang zum Naherholungsgebiet Davert offengehalten werden.

Bedauerlicherweise beschloß die CDU in der Bezirksvertretung gegen die Erfordernisse der Gesamtstädtischen Planung und gegen die Bedenken des Regierungspräsidenten wegen des erheblichen Überschaubarkeits eine weitere bezugslose Ausweisung von Einfamilienhausgebieten und leistete so ihren Beitrag zur weiteren Zersiedelung Hiltrups.

Verhindert werden konnte die Ausweisung der Kleingartenanlage Lechtenberg als Gewerbegebiet, daß die Anlage erhalten bleibt...

In einem Satz

Wenn auch wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Bezirksvertretungen neu gebildet werden müssen, wird die dann mit stärkerer demokratischer Legitimation versehene SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung ihre Politik nicht neu orientieren, sondern sie weiterhin am Wohl des Bürgers und des Stadtteils ausrichten.

UNGEGLOREN

Der Vorsitzende der SPD - Fraktion in der Bezirksvertretung Hiltrup, Dr. Dietrich Thümler, wohnt jetzt: Am Linnenkamp 2, Tel. 4793. SPD-Ratsherr Rainer Bannert wohnt jetzt: Mohe Heest 120, Tel. 7888.

IMPRESSUM

Hiltrup - heute und morgen

Herausgeber:

SPD - Ortsverein Hiltrup

Marktallee 75 Tel. 4291

4400 Münster - Hiltrup

Textverantwortlich:

Michael Crosse